Schwerter Zeitung

Bei unvorhergesehenen Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalten, übernehmen wir keinerlei Gewähr für pünktliches Erscheinen der Zeitung und kann auch keinerlei Schadenersatz beansprucht werden.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger · Schwerter Volkszeitung · Schwerter Volksblatt

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde.

Westhofener Zeitung · Apierbecker Zeitung · Langscheder Zeitung · Holzwickeder Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" erscheint werktäglich. Hauptgeschäftsstelle, Druck und Verlag: Carl Braus. Telegr. Adr.: Braus, Schwerterruhr. Tel. 62. Postscheck: Dortmund 2852 Hannover 21874. Verantwortlich für Schriftleitung und Anzeigen: Hans Linner in Schwerte. Tel. 62.

Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. — Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Nr. 247 · Samstag, 20. Oktober 1923 · 56. Jahrgang

Einzelnummer 25 000 000 Mk.

Der Bezugspreis für die 4. Woche im Oktober beträgt

400 Millionen Papiermark.

Für Abholer 390 Millionen Mark.

Verlag der Schwerter Zeitung.

An unsere Postbezieher!

Das Reichspostministerium hat sich angesichts der wirtschaftlichen Notwendigkeit, den Zeitungen in kürzeren Zwischenräumen eine Anpassung ihrer Bezugspreise an die Markentwertung zu ermöglichen, zu Nacherhebungen von Bezugsgeldern innerhalb des Bezugsmonats entschlossen. Die „Schwerter Zeitung" wird demgemäß heute als Nacherhebung für den laufenden Monat einen Betrag von

800 Millionen Mark

für die 3. und 4. Woche im Oktober

durch Nacherhebungskarte von ihren bei der Post abonnierten Lesern einziehen.

Mit Rücksicht darauf, daß nur eine einmalige Vorzeigung dieser Nachnahme stattfinden kann, bitten wir, den geforderten Betrag bereit zu halten, da im Falle der Nichteinlösung die Lieferung der Zeitung unterbleibt.

Ein großer Teil unserer Postbezieher hat es außer Acht gelassen, den auf der beigelegten Zahlkarte geforderten wirklich minimalen Betrag von 80 Millionen Mark einzusenden. Wir sind daher zu obiger Maßnahme gezwungen und werden bei Nichteinlösung **sofort** die Zusendung einstellen!

Verlag der „Schwerter Zeitung".

Zum Geleit.

Dankbarkeit, die liebliche Pflanze, wächst im Tale der Demut und erfreut durch ihren lieblichen Duft Gott und Menschen. — Danke für jede Gabe, so wird dir jede zum Segen.

(Lavater.)

Neuigkeiten.

Die Koalitionsparteien des Reichstages treten am Mittwoch zu einer Besprechung über das Arbeitszeitgesetz zusammen, um eine Verständigung über die Einzelheiten des Entwurfes herbeizuführen.

*

Der preußische Staatsrat trat am Mittwoch abend nach längerer Pause wieder zu einer Vollsitzung zusammen. Zur Beratung standen nur einige kleine Vorlagen, die in wenigen Minuten erledigt wurden.

*

An täglich zu entrichtenden Kontributionen müssen zahlen: Gelsenkirchen 10 000, Recklinghausen 6000, Herne 4000, Hörde 2000, Bochum 8000 und Witten 2000 Franken.

*

Die Schlüsselzahl im Buchhandel beträgt ab 19. Oktober 1 600 000.

*

Die von den Militärbefehlshabern in Königsberg und Breslau erlassenen Ausfuhrverbote für Kartoffeln aus Ostpreußen und Schlesien nach anderen Teilen des Reichsgebietes sind aufgehoben worden. Die Aufhebung des Verbots ist sehr zu begrüßen. Besser wäre es gewesen, die Ausfuhrverbote wären gar nicht ergangen.

*

An verschiedenen ausländischen Börsen ist die Mark gestrichen.

Der geschäftsführende Ausschuß des Wahlkreisverbandes der Deutschen Volkspartei in Ostpreußen nahm eine Entschließung an, in der es heißt: „Wir halten zu unserem Führer Stresemann. Die breite Koalition kann aber nur in Voraussetzung weiterbestehen, daß die Sozialisten sämtliche Verhandlungen mit den Kommunisten abbrechen."

*

Der aus der Haft entlassene Roßbach wird am Freitag bei der Feier der Roßbachabteilung München und des Deutschen Kampfbundes im Löwenbräu mit einer Rede vor seine Anhänger treten; auch Hitler wird dort sprechen. Gegen Roßbach hat bekanntlich das Wehrkreiskommando 4 in Dresden Schutzhaft erlassen.

*

Wie die Korrespondenz Hoffmann amtlich mitteilt, hat die Postverwaltung in München auf Veranlassung des Generalstaatskommissars strengste Weisung an das Postpersonal ergehen lassen, sich an der Bekämpfung des Wucher- und Schiebertums durch dauernde Ueberwachung des Telegraphen- und Fernsprechverkehrs tatkräftig zu beteiligen und namentlich auf Fälle von Kettenhandel, Warenzurückhaltung, Schleichhandel, verbotene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände und wilden Handels scharf zu achten.

*

Weihbischof Dr. Stoffels in Köln, dessen Erkrankung vor einiger Zeit gemeldet wurde, ist seinen Leiden erlegen.

*

Der Erzbischof von Bamberg und die Bischöfe von Passau und Speyer sind von München nach Rom abgereist.

*

Der deutsche Botschafter in Moskau, Graf Brockdorff-Rantzau besuchte am Dienstag den russischen Teil der landwirtschaftlichen Ausstellung. Am Mittwoch wurden in der deutschen Botschaft die von der russischen Regierung eingeladenen Erfinder Graf Arco und Dr. Meißner empfangen.

*

Am 7. November, dem Jahrestage der bolschewistischen Revolution, wird die sowjetrussische Flotte eine neue Flagge zum ersten Mal hissen. Diese hat in rotem Felde eine weiße Sonne mit 8 Strahlen, in deren Mitte der bekannte fünfeckige Sowjetstern mit Sichel und Hammer steht.

*

Wie das Blatt „Prager Presse" erfährt, wird die vom Hamburger Kongreß der 2. Internationale eingesetzte Komission zur Untersuchung der Streitpunkte zwischen den tschechischen und den deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei am 25. ds. Mts. in Prag zusammentreten.

*

Im Bezirk von Barcelona (Spanien) sind 25 höhere Gerichtsbeamte abgesetzt worden.

Die letzte Woche.

Die Prüfung der Reparationen ist von Brüssel aus angeregt worden und es heißt, Frankreich wolle sich nicht weigern, dem beizustimmen. Dieser Vorschlag ist aber leicht möglich auch wieder eine Phrase, der Poincaré nur Gelegenheit gibt, die alten Pfade von neuem breitzutreten. Denn zu ernsten Verhandlungen direkt mit Deutschland hat er sich trotz der wiederholten Anregungen noch nicht bereit erklärt. Die Wiederaufnahme der Tätigkeit im Ruhrgebiet geht nur nach und nach vonstatten, wenn auch mit der französischen Eisenbahnregie endlich eine Verständigung eingeleitet ist. Die rechte Neigung fehlt bei den Franzosen noch immer, sie haben es nicht eilig, an den Deutschen wieder gut zu machen, was sie geschädigt haben. Die Not am Rhein und an der Ruhr ist noch immer arg, und die Ausschreitungen haben noch keinen Abschluß gefunden. Den Arbeitern sind keine Vorwürfe zu machen, denn die Dinge liegen tiefer. Es ist trübselig, wie es noch immer in dem früher so blühenden Industriegebiet aussieht. Und der Wiederaufbau Deutschlands ist doch von der Neuordnung im Westen abhängig.

Nach neuesten Meldungen lehnt Paris wie Brüssel jede Verständigung ab. Der Tag der Abrechnung naht mit Riesenschritten.

*

Die Krisis, die für die Reichsregierung durch Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes von Seiten des Reichstages befürchtet wurde, ist ausgeblieben. Neuwahlen finden nicht statt, und nach einer kurzen Pause wird die parlamentarische Arbeit fortgesetzt werden. Der Reichskanzler Stresemann hat den Berg überwunden, der nicht leicht zu erklimmen war, und wir wollen hoffen, daß Glück und Geschick ihm treu bleiben. Das Arbeitszeitgesetz wird in kurzer Frist erledigt werden, und es ist zu erwarten, daß die daraus folgende Steigerung unserer Produktion ihren guten Eindruck im Auslande nicht verfehlen und zur Verbesserung der Reichsmark beitragen wird. Die Erwerbslosigkeit, die heute besteht, und die sich noch weiter ausdehnt, kann nur beseitigt werden, wenn die gesunkene Kaufkraft wieder in die Höhe gelangt. Und der Dollar steigt — und steigt!

*

Der große Fehler, der vor mehreren Jahren gemacht war, die Lebenshaltung durch Steigerung der Gehälter und Löhne zu erleichtern, statt sofort an die Herabdrückung der Preise zu gehen, rächte sich, nachdem es zu spät war, ihn wieder gut zu machen. Und so mußte notgedrungen auf der einmal betretenen Bahn fortgefahren werden. Längst ist eingesehen worden, daß „mehr Geld" allein nichts nützt; wir haben heute Einkommen, die fabelhaft sind, aber die Markmillion ist keine Million mehr, sondern nur noch Scheidemünze des alten Geldes.

*

Das Problem der neuen Währung ist jetzt durch Beschluß der Reichsregierung zum Gesetz erhoben worden. Die Einführung von Rentenmarkscheinen bildet das Zwischenglied zwischen der Papiermark, die gesetzliches Zahlungsmittel bleibt, und der kommenden Goldmark. An Sicherheit für die Rentenmark fehlt es nicht, und so ist anzunehmen, daß sie bald gern in Zahlung gegeben und genommen werden wird. Eine Hauptsache dabei ist nur, daß es an diesen neuen Scheinen nicht fehlen wird, denn dann verpufft die Wirkung. Mancherlei kommt somit zusammen, bessere Verhältnisse herbeizuführen, die uns davon befreien, den Schmachtriemen zu eng zu schnallen, es geht aber nicht ohnedem, als im Handel und Wandel Treue und Redlichkeit walten zu lassen und der Preistreiberei wie dem Wucher ein Ende zu machen. Ob die für uns angekündigte große amerikanische Kreditgewährung Platz greifen wird, müssen wir abwarten. Versprochen ist es schon sehr oft, aber die Erfüllung ist noch ausgeblieben. Angesichts der inneren zerrissenen politischen Lage wird uns auch niemand Geld pumpen!

*

Die freie Brotwirtschaft, die mit dieser Woche in Kraft getreten ist, hat, wie sich voraussehen ließ, die Preise für das unentbehrlichste Nahrungsmittel bedeutend erhöht, und es wird abzuwarten sein, bis ein Umschlag kommen wird. Augenblicklich macht sich nun die Knappheit auf den verschiedensten Gebieten geltend. Eine unerfreuliche Folge dieses Mangels sind die Ausschreitungen und blutigen Zusammenstöße, die in großen und kleinen Städten stattgefunden haben, und deren Unterdrückung manche Schwierigkeiten verursacht hat. Solche Vorkommnisse nützen niemals, und der Schaden, den sie verursachen, trifft nicht bloß einzelne Personen, sondern stört den Kredit des ganzen Volkes.

Eine zeitgemäße Verordnung.

München, 19. Okt. Der Generalstaatskommissar ordnete mit sofortiger Wirksamkeit für die rechtsrheinischen Gebiete an, daß jeder Landwirt, der Herbstkartoffeln gebaut hat, bis zum 17. November 30 Prozent seiner gesamten Ernte an Verbraucher oder zum Kartoffelhandel zugelassene Personen abgeben muß, widrigenfalls Enteignung erfolgt. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis und Geldbußen bestraft.

Kabinettssitzung.

Berlin, 19. Okt. Das Reichskabinett tritt heute zu einer Sitzung zusammen, die sich in der Hauptsache mit der außenpolitischen Situation, insbesondere mit den Folgen der Einstellung der Sachlieferungen an Frankreich und Belgien befassen wird. Ueber diese Frage wird der Reichskanzler Dr. Stresemann demnächst auch noch in der Oeffentlichkeit eine Rede halten.

Die Arbeitszeit. – Arbeiter und Beamte

Berlin, 19. Okt. Der Sachverständigenausschuß, der von den Koalitionsfraktionen des Reichstages zur Vorberatung des Arbeitszeitgesetzes eingesetzt worden ist, hat Mittwoch seine Beratungen, zu denen auch Regierungsvertreter hinzugezogen waren, aufgenommen. Die Besprechungen gingen aus von dem Entwurf des Arbeitszeitgesetzes, dessen Inhalt wir kürzlich mitgeteilt haben. Der Entwurf beruht in seinen Grundgedanken bekanntlich auf der Formel, die in den Krisentagen von den Koalitionsparteien vereinbart worden war. Man hofft, die Besprechungen in wenigen Tagen soweit fördern zu können, daß die erste Lesung des Gesetzes im Reichstagsplenum in der ersten Hälfte der nächsten Woche stattfinden kann.

*

Am Donnerstag fanden im Reichsfinanzministerium Besprechungen mit den Spitzenorganisationen der Beamtenschaft über den Plan der Einführung einer 54-stündigen Arbeitswoche für die Beamten statt. Ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums wies darauf hin, daß das Arbeitszeitgesetz von Arbeitern und Angestellten verschiedener Wirtschaftskreise eine Verlängerung ihrer Arbeitszeit fordern werde, und daß dementsprechend die Beamtenschaft nicht zurückstehen dürfe, wenn es gelte, die Arbeit produktiver zu gestalten. Die Gewerkschaftsvertreter gaben die Erklärung ab, daß sie endgültig über die Frage erst verhandeln könnten, wenn die Regierung über den Entwurf des Beamtenabbaugesetzes schlüssig geworden sei.

*

Zum Beamtenabbau.

Berlin, 19. Okt. Wie groß die deutsche Not ist, wird man am besten aus einer Notverordnung erkennen können, die gestern das Kabinett beschäftigt hat und die unmittelbar vor der Veröffentlichung steht, durch die Ersparnismaßnahmen in einer Art und Weise getroffen werden, wie man sie bisher wohl noch niemals erlebt hat. Durch diese Verordnung wird rücksichtslos der Beamtenapparat des Reiches, der Staaten und der Gemeinden abgebaut. Es wird selbst in wohlerworbene Rechte eingegriffen und die Zahl der Beamten auf ein Mindestmaß herabgesetzt werden. Als Beispiel kann dienen, daß das Personal des Reichskanzlers im Verhältnis von 25 : 11 herabgemindert wird. Gleiche Einschränkungsmaßnahmen werden im Verkehrswesen durchgeführt. Es wird nur das in Betrieb gehalten, was sich rentiert, was volkswirtschaftlich unbedingt notwendig ist.

*

Berlin, 19. Okt. Heute nachmittag fanden im Reichsministerium des Innern Besprechungen der Vertreter der Reichsregierung mit den Beamtenspitzenorganisationen über eine Neuregelung der Arbeitszeit statt, wobei Ministerialdirektor Dr. Falck Gelegenheit nahm, den unter den Beamten umlaufenden Gerüchten über den Inhalt der Beamtenabbauverordnung entgegenzutreten. Er wies darauf hin, daß diese Verordnung im Reichsfinanzministerium ausgearbeitet sei und am kommenden Mittwoch mit den Beamtenorganisationen besprochen werden solle. Wenn der Inhalt des Entwurfes zurzeit auch noch geheim sei, so halte er sich doch für verpflichtet, den Behauptungen entgegenzutreten, daß 50 Prozent der Beamten abgebaut werden. Eine Verringerung des

Beamtenkörpers auf die Hälfte habe in keinem Absatz der Verordnung zur Frage gestanden. Der Abbau könne nicht entfernt diese Höhe erreichen. Auch sei das Gerücht, daß die zum Abbau gelangten planmäßig angestellten Beamten ohne Wartegelder und ohne Ruhegehälter entlassen würden, unzutreffend. Auch ein solcher Gedanke sei zu keiner Zeit erwogen worden. Die Verhandlungen über die Neuregelung der Arbeitszeit wurden auf kommenden Mittwoch vertagt, da die Beamtenorganisationen entschieden darauf Gewicht legen, daß ihnen der am kommenden Dienstag vom Reichsrat zu verabschiedende Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes für die gewerblichen Arbeiter und Angestellten vorgelegt werde.

Der Abbau der Ruhrgelder.

Berlin, 19. Okt. Amtlich wird mitgeteilt: Angesichts der überaus schwierigen Lage der Reichsfinanzen hat die Reichsregierung sich genötigt gesehen, auch in Hinsicht auf die Abgeltung von Sachschäden Einschränkungen eintreten zu lassen. Als erste der nach dieser Richtung geplanten Maßnahme ist beschlossen worden, noch nicht vorgenommene Anmeldungen von Schäden, die aus Anlaß der Besetzung des Ruhrgebiets entstanden sind und nach den bisherigen Bestimmungen im Verwaltungswege (Sonderverfahren) abzugelten wären, nur dann noch zu berücksichtigen, wenn sie für die bis einschließlich 28. September 1923 eingetretenen Schäden bis zum 31. Oktober 1923, für die später eingetretenen Schäden bis zum 30. November 1923 bei den Feststellungsbehörden oder dem Reichsministerium für die besetzten Gebiete, Berlin W 9, Leipziger Platz 17, eingereicht werden. Für Schäden, die nach dem 31. Oktober 1923 entstehen, kann eine Vergütung nicht mehr geleistet werden.

Die Grenze der Nachgiebigkeit.

TU. **Berlin,** 19. Okt. Die dem Reichskanzler nahestehende „Zeit" bringt zu der ablehnenden Haltung Poincarés einen richtunggebenden Artikel „Klarheit". Es heißt darin: Herr von Hoesch hat bei seiner Unterredung mit Poincaré alle Verordnungen vorgelegt, die die Einstellung des passiven Widerstandes klar erweisen und die jeden Zweifel ausschließen, daß die deutsche Regierung alle Voraussetzungen für die Wiederaufnahme der Arbeit auf allen Gebieten der Verwaltung und der Wirtschaft geschaffen hat. Die Regierung hat mit voller Absicht, wie auch bei den vorangegangenen Verständigungsversuchen alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Weiter heißt es: Die Politik des französischen Ministerpräsidenten läuft darauf hinaus,

die Regierung von allen Mitbestimmungsrechten im Rhein- und Ruhrgebiet auszuschließen, ihr aber gleichzeitig alle Lasten finanzieller und materieller Natur aufzuerlegen,

die aus der Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Tätigkeit erwachsen. Diese Zumutung ist schon politisch vollkommen unerträglich. Sie ist aber auch rein materiell gesehen ein reines Ding der Unmöglichkeit. Die deutsche Regierung ist unter keinen Umständen in der Lage, die finanziellen Verpflichtungen zu übernehmen, die mit der Wiederaufnahme der Produktion im Ruhrgebiet und der der Materialleistungen verbunden sind. Wenn man der Oeffentlichkeit den gegenwärtigen Stand der Reichsfinanzen nach seiner nackten Einnahme- und Ausgabeziffern bekanntgeben würde, so würde niemand auch nur einen Augenblick daran zweifeln können, daß dieser Staat zur Zeit nichts weiter tun kann, als seine allerdringendsten Lebensbedürfnisse zu bestreiten, um den Staat und das eigene Volk zu erhalten. Das Kabinett ist entschlossen, aus dieser Lage die unvermeidlichen Folgerungen zu ziehen und die Staatsausgaben auf dem Gebiet der Verwaltung und auf anderen Gebieten so sehr einzuschränken, daß dabei auch über **wohlbegründete Rechte und Ansprüche des Einzelnen rücksichtslos hinweggegangen werden muß.** Trägt die Reichsregierung aber dieser zwingenden Notwendigkeit Rechnung, so kann sie jetzt auf der anderen Seite unter keinen Umständen mit ihrem Verantwortungsbewußtsein vereinbaren, Ausgaben für Entschädigungslieferungen zu leisten.

Die französischen Forderungen nach dieser Richtung sind geradezu unerhört. Aber diesen Zumutungen gegenüber kann die Regierung nur ein unbeugsames Nein entgegensetzen.

Zum Schluß des Artikels wird betont: Es muß dabei bleiben, daß die französische Regierung, die die deutsche Regierung planmäßig von aller Mitbestimmung bei der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung des Ruhrgebiets ausschließt, von deutscher Seite keine finanziellen Leistungen erwarten kann. Die Folgen, die daraus entstehen können, fallen ausschließlich der Verantwortung der französischen Regierung zur Last. Sie trägt die Schuld daran, wenn die Produktion im Ruhrgebiet zum Stillstand kommt und die Masse der Bevölkerung dort ohne Lohn und Brot ist. Durch den Schritt der deutschen Regierung in Paris ist erreicht worden, daß hierüber keine Unklarheit mehr herrscht. Es wird auch nicht ausbleiben können, daß zwischen Deutschland und den übrigen Verbandsmächten Klarheit geschaffen wird. Lassen die Verbandsmächte den Dingen ihren Lauf und lassen sie es zu, daß Deutschland unermeßlichen Schaden leidet, so wird der Augenblick nicht fern sein, in dem **Deutschland überhaupt alle Sachlieferungen einstellen muß.**

Paris wünscht einen deutschen Botschafter.

TU. **Paris,** 18. Okt. Zu dem gestrigen deutschen Schritt in Paris erklärt das „Echo National": Wenn Stresemann sich gegen die Entsendung eines deutschen Botschafters nach Paris sträubt, kann ihm nichts an erfolgreichen Verhandlungen mit Poincaré gelegen sein. Das Blatt bezeichnet die Anwesenheit eines Geschäftsträgers in Paris als ungenügend.

Bruch mit Frankreich?

TU. **Berlin,** 19. Okt. Von einer mit den politischen Absichten des Reichskanzlers durchaus vertrauten Seite erfährt der Berliner „Börsencourier" folgendes:

Wir stellen somit endgültig jegliche Reparationslieferung und jegliche Reparationszahlung an Frankreich ein und sind uns der Konsequenzen vollauf bewußt, daß diese uns durch äußerste Not diktierte Maßnahme wahrscheinlich den Bruch mit Frankreich bedeuten wird. Erst vor kurzem haben die Anhänger der äußersten Rechten den Bruch mit Frankreich verlangt u. Stresemann Mangel an Mut vorgeworfen, als er dies damals ablehnte. Dr. Stresemann wußte sehr wohl, aus welchem Grunde er den Zeitpunkt des offenen Bruchs mit Frankreich noch verschieben mußte. Ein Bruch vor drei Wochen hätte bedeutet, daß wir die ganze Entwicklung sein der Einstellung des passiven Widerstandes vorweg genommen und dem französischen Ministerpräsidenten die Verantwortung für den Bruch abgenommen hätten. Wenn wir auch von vornherein annehmen konnten, daß eine Verständigung mit Frankreich ausgeschlossen ist, so hätte uns das die übrige Welt angesichts der Erklärungen Poincarés damals nicht geglaubt. Jetzt haben wir Poincaré gezwungen, Farbe zu bekennen. Jetzt wissen alle Welt, jetzt wissen auch die übrigen Alliierten, daß Frankreich keine Verständigung, keine Reparationen, sondern die Vernichtung des Deutschen Reiches sich zum Ziele gesetzt hat. Jetzt müssen auch die übrigen Alliierten Farbe bekennen, ob sie auch dieses Ziel Frankreichs billigen und ob sie es unterstützen, gleichgültig, ob aktiv oder passiv. Die übrigen Alliierten werden um so mehr Gelegenheit haben, ihre wahre Einstellung gegen Deutschland und — den Friedensgedanken zu zeigen, da Deutschland in Kürze gezwungen sein wird, auch die Reparationsleistungen an die Mächte einzustellen, die bisher beliefert worden sind.

Stinnes in Düsseldorf.

Vergebliche Verhandlungen mit den Franzosen.

Wie über Paris gemeldet wird, hat der Großindustrielle Hugo Stinnes am Mittwoch erneut in Düsseldorf mit den Franzosen verhandelt. In seiner Begleitung befanden sich die Großindustriellen Klöckner und Vögeler. Die Verhandlungen wurden mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der französischen Fabrik- und Hüttenkommission, Nevejans, geführt. Einen ausführlichen Bericht darüber bringt „Petit Parisien", dem man die Verantwortung für die Richtigkeit seiner Angaben natürlich überlassen muß. Das Blatt sagt darüber u. a. folgendes:

Gleich zu Eingang der Unterredung spielte der deutsche Industrielle auf die Erklärung Dr. Stresemanns an, wonach die Reichsregierung sich außerstande sähe, die Ruhrindustriellen für ihre Materialleistungen an Frankreich zu entschädigen. Herr Stinnes erklärte auf Fragen des Herrn Nevejans: „Solange die Reichsregierung uns nicht für die Zurückerstattung Gewähr bietet, können wir nicht an die Wiederaufnahme der Lieferungen irgendwie denken." Obgleich das eigentliche Gesprächsthema dem „Petit Parisien" zufolge damit bereits erschöpft war, blieben Stinnes und seine Begleiter noch zwei Stunden und setzten die Unterhaltung fort.

Der stellvertretende französische Direktor verwies — immer nach dem Bericht des „Petit Parisien" — während seiner ausführlichen Darlegungen des Standpunktes der Verbündeten vor allem darauf, daß die Ruhrmagnaten ihre Kohlen zu 150 Franken per Tonne in Düsseldorf abzusetzen vermöchten und damit den gegenwärtigen Verkaufspreis der englischen Kohle in derselben Stadt erzielen. Tatsächlich käme sie aber eine Tonne Kohle nur 75 Franken, das heißt also die Hälfte des Preises zu stehen. Es würde sie folglich keine Opfer kosten, den zehnten Teil davon für Reparationszwecke herzugeben. Stinnes bekämpfte in seiner Erwiderung energisch diese Auffassung und meinte, daß die Frage von einem zu einseitigen Standpunkt aus behandelt werde. Der Preis von 148 Franken pro Tonne könnte nur für den Einzelverbraucher, der Heizkohle einkauft, und sie wegen der Transportkosten teuer bezahlt, in Frage kommen, für die Industriellen selbst könnten nur die Gesichtspunkte der Metallindustrie allein ausschlaggebend sein. Der Verkaufspreis der englischen Kohle, der sich zurzeit auf 21 Schilling gleich 96 Franken belaufe, könne auf 14 Schilling oder 53 Franken herabgesetzt werden. Da die Verbündeten jedoch ausdrücklich betonten, daß die Tonne Kohle die Ruhrindustriellen 75 Franken koste, gebe es keinen Zweifel, daß die deutsche Industrie gehemmt und nicht lebensfähig sei. Die Industriellen müßten es daher ablehnen, Kohle zu einem solchen Preise zu fördern. Die Pariser Blätter finden die Starrköpfigkeit von Hugo Stinnes unbegreiflich, umsomehr, als bereits mit 25 Prozent der Grubenbesitzer im Ruhrgebiet Vereinbarungen getroffen seien. Die Micum sei, so teilen sie mit, von ihrem Standpunkt nicht abgewichen, und die Unterredung zwischen die Unterredung zwischen Franzosen und den deutschen Großindustriellen habe kein Ergebnis gezeitigt. Der neue Schritt von Stinnes sei jedenfalls als ein sehr wertvoller Fingerzeig für das Einvernehmen zwischen ihm und dem Kanzler aufzufassen.

Lloyd Georges Warnungsruf in Chikago.

TU. **Newyork,** 19. Okt. Bei einer Riesenversammlung in Chikago legte Lloyd George den englischen Standpunkt in der Reparationsfrage dar. Er verurteilte die französische Ruhrpolitik und unterstützte Hughes Weihnachtsvorschlag einer internationalen Wirtschaftskonferenz. Nachdem er Deutschlands Ausraubung und die bisher geleisteten Zahlungen beschrieben hatte, wobei er sich gegen den Vorwurf der Deutschfreundlichkeit verwahrte, sagte Lloyd George: Wenn die gegenwärtige französische Politik fortgesetzt wird, so sage ich im voraus, daß es keine weiteren Reparationszahlungen gibt, sondern an ihrer Stelle **eine Revolution von 60 Millionen Deutschen.** Zum äußersten getrieben, werden sie jeden sich bietenden Ausweg einschlagen. Ich sehe einen Orkan kommen, und wenn der Steuermann nicht den gegenwärtigen gefährlichen Kurs ändert, ist ein Schiffbruch unvermeidlich. Lloyd Georges Warnungsruf erregte großes Aufsehen und fand allgemeine Zustimmung in der Chikageer Presse. (Die Franzosen sollen sich dies merken, denn dieser Sturm wird sie kaum verschonen. Die Schriftltg.)

Die Schweizer Antwort in der Zonenfrage.

Basel, 19. Okt. Die schweizerische Note in der Zonenfrage, die höflich, aber frisch und energisch im Tone gehalten ist, gibt zuerst eine Darlegung der diplomatischen Verhandlungen seit der Verwerfung des Zonenabkommens durch die Volksabstimmung im Februar 1923 und erklärt dann, daß der Beschluß der französischen Regierung ohne hinreichende Gründe die im Gange befindlichen diplomatischen Besprechungen jäh unterbrochen habe.

Die Regierung der französischen Republik gebe damit die Absicht kund, heißt es in der Note, durch einseitige Willensakte gerade den Kern der Streitfrage zu entscheiden. Der Bundesrat könne die Verhandlungen nicht unter Bedingungen fortsetzen, die eine rechtliche Ungleichheit in sich schlössen. Die französische Regierung sei nicht befugt, zu ihren Gunsten und aus eigener Machtvollkommenheit die grundlegende Vorfrage zu entscheiden, von der alle Ausführungsbestimmungen der Vereinbarung abhingen. Wenn die Verständigung sich als unmöglich herausstelle, so bleibe nur eine einzige gütliche Lösung übrig: der Schiedsspruch unparteiischer Richter und zwar des Internationalen Gerichtshofes im Haag. Der Bundesrat, heißt es weiter, sehe sich gezwungen, gegen den Beschluß der französischen Regierung Verwahrung einzulegen. Für den Augenblick erachte er die Möglichkeit unmittelbarer Verhandlungen als ausgeschlossen. Der Bundesrat spricht die Hoffnung aus, daß die Regierung der Republik das schweizerische Verlangen auf Anrufung eines Schiedsgerichtes nicht ablehnen werde. (Da irrt sich der Bundesrat gewaltig! Frankreich ist ja Beschützer der „kleinen Staaten" und da gilt genau die gleiche Parole wie gegenüber Deutschland „Macht geht vor Recht!" D. Schriftltg.)

Das Forsthaus im Teufelsgrund.

Detektiv-Roman von F. Eduard Pflüger.

66 (Nachdruck verboten.)

„Der Stich ist doch blos durch die Lunge gegangen, Herr Oberstabsarzt."

„Blos durch die Lunge, sie haben recht, er hat keine großen Schlagadern verletzt, sonst wäre das holde Geschöpf ja schon unserer Hilfe und unserer Sorge entrückt. Es ist ja möglich sie zu retten . . . Sie haben doch nach Eis geschickt?"

„Unsere Boten sind nach vier Richtungen weg."

„Nun, dann ist's gut, denn wenn wir nicht nach Ablauf einer Stunde Eis haben, um das Fieber sofort beim Eintreten zu bekämpfen, das aufsteigende Blut niederzuhalten, dann erlebt sie den Morgen nicht mehr."

Rechenbach konnte sich nicht fassen vor Schmerz, aber er hielt ihn wie ein Mann nieder. Als jedoch der Arzt mit unbarmherziger Hand die Wundsonde anlegte, um die Tiefe des Stoßes zu prüfen und die Kranke aus der Ohnmacht erwachte und verzweiflungsvoll aufstöhnte, da war es um seinen Halt getan, er geberdete sich wie ein Unsinniger und mußte aus dem Krankenzimmer gebracht werden. In einem fort jammerte er, warum der Mörder nicht ihn getroffen hätte, warum das zarte Geschöpf hätte verwundet werden müssen.

„Weil sie getroffen werden sollte," antwortete ihm ruhig und kalt Breitschwert, „weil man es auf sie erst in zweiter Linie abgesehen hatte. Aber sie sind heute nicht fähig, über irgend etwas Vernünftiges zu reden, darum tun sie am besten, sie gehen den Boten entgegen und sorgen dafür, daß wir schnell und reichlich Eis bekommen."

Breitschwert überließ den Unglücklichen sich selbst und kehrte auf seinen Posten an das Krankenlager Herthas zurück, das, wie er fürchtete, bald ein Sterbelager sein würde.

Im stillen schalt er sich, daß er zu lange gezögert hatte, daß er den Verbrecher Arm an Arm neben sich gefühlt, daß er den Revolver schon in der Hand gehabt und den Lauf nicht auf die schöne Stirn gerichtet, unter der die prächtigen Augen hervorblitzten. Es waren unverkennbar Herthas Augen und sie waren zum Verräter geworden. An ihnen hatte er den Offizier erkannt, aber, um ganz sicher zu gehen, ließ er den Hornisten das Signal blasen und als er bemerkte, daß das Pferd vollkommen ruhig blieb, daß es kein Offizierspferd sei, wußte er, unter welcher Maske die Verbrecher den Schlag führen würden.

Und jetzt war er am Krankenbett zurückgehalten, jetzt konnte er keinen der vier festnehmen, mußte sich ganz auf Kluges Scharfsinn und die Mitwirkung der Frankfurter Polizei verlassen. Aber jetzt kannte er ihn und nun wollte er diese schönen Augen verfolgen bis ans Ende der Welt. Nur erst hier Hilfe schaffen, nicht dem Staatsanwalt, dem er das Leben gerettet, das Glück vernichten. Jetzt erst glaubte er ganz an Herthas Treue, jetzt, wo sie mit ihrem Blut für den geliebten Mann eingetreten war.

„Ach, wie schwach und elend ist doch der Mensch im Kampfe mit dem Verbrechen. Daß ich nicht eine Sekunde früher zugriff, ich mache mir fast Vorwürfe, das Leben dieses herrlichen Geschöpfes geopfert zu haben. Und vielleicht um nichts, vielleicht entgehen mir diese Gesellen. Nun, wenigstens weiß ich, was ich für den nächsten Tag zu arbeiten habe . . ." „Herr Förster," rief er den sich eben ihm nähernden alten Herrn an, „wenn Freund Kluge zurückkommt, schicken sie sofort nach mir, ich muß ihn unbedingt sprechen und das Telegramm an den Sanitätsrat ist doch nach Frankfurt abgegangen?"

„Jawohl, Herr Doktor, es ist alles besorgt. Wird die unglückliche junge Dame mit dem Leben davonkommen?"

„Lieber Förster, das wissen wir nicht, das steht in Gottes Hand."

XIX.

Breitschwert hatte den Teufelsgrund verlassen und war mit dem einzigen Beweisstück gegen den Mörder, dem tulasilbernen Dolch, nach Frankfurt abgereist, um von dort aus die Ermittelungen zu leiten. Es war für ihn kein Zweifel mehr, daß Erich von Winkelmann sowohl der Gatte der Nadaschda Solowiew, als auch der Mörder Herthas und zugleich die Seele der anarchistischen Umtriebe des Klubs Morgenröte sei. Hatte sich doch in dem Griff des Dolches eingeprägt das Wappen der Solowiew gefunden und sonst sprach der Besitz dieser Waffe das Schuldig gegen Erich von Winkelmann aus. Aber der kühne und kluge Anarchist war wie vom Erdboden weggefegt. Er hatte in seinem wunderbaren Anpassungsvermögen während der großen Truppenansammlungen im Spessart die einzig richtige Maske gewählt, die ihn unbemerkt an sein Opfer anbringen konnte und ihm dann das Entkommen glänzend erleichterte. Die vier Offiziere, die durch den Spessart geritten waren, hatten natürlich zur Manöverzeit gar kein Aufsehen erregt, sie waren unter der Flut der Soldatenmassen einfach untergetaucht und über alle Berge, ehe ein Polizist überhaupt ihre Spur aufnehmen konnte.

Kluge, der sonst so geschickte, schnell entscheidende Fahnder, mußte natürlich in dem Augenblick die Spur verlieren, als die vier Offiziere bei einem Pferdehalter, den sie sich aus den herumlungernden Soldaten ausgewählt hatten, ihre Tiere bestiegen und im gestreckten Galopp davon jagten. Es war ein vollkommen aussichtsloses Unterfangen in der Nacht unberitten zu folgen. Und wie sollte er folgen? Wahrscheinlich würden sich die vier Männer trennen, sobald sie bemerkten, daß ihnen jemand auf den Fersen war. Es war ihm also nichts zu tun übrig geblieben, als einfach nach dem Forsthause zurückzukehren und das vollkommene Verschwinden der Mörderbande seinem Meister zu melden.

Es lag also jetzt für Breitschwert die schwierige Aufgabe vor, Winkelmann, der längst irgendwo im Auslande sein konnte, in Rußland vielleicht, wo er durch seine verstorbene Gattin gute Beziehungen hatte, in Italien, in Frankreich, in der Schweiz, in England, oder sonst wo zu suchen. Keine Möglichkeit war, zu entscheiden, wohin er sich gewandt hatte. Und doch mußte er gefunden werden, doch mußte der Scharfsinn Breitschwerts triumphieren, wenn nicht sein ganzer Ruf mit einem Schlage vernichtet sein sollte. Er mußte den Sieg davontragen und wenn der ewige Teufel selbst diesem irdischen Teufel zu Hilfe gekommen war, um ihn zu verbergen.

Ein brutaler und verwegener Plan reifte im Gehirn des freiwilligen Polizisten und wie bei ihm Plan und Ausführung Blitz und Schlag zu sein pflegten, so setzte er sich sofort hin, entwarf eine Annonce, begab sich damit zu einem ihm befreundeten Notar, dem er folgendes erzählte:

„Mein lieber Freund, ich bin durch Zufall zum Beschützer und Berater einer jungen Dame geworden, die leider durch Mörderhand gefallen ist."

„Ach, handelt es sich um den Mordanfall im Teufelsgrund?"

„Jawohl."

(Fortsetzung folgt.)

Das Reich und Bayern.

Berlin, 19. Okt. Wie die „Voss. Ztg." wissen will hat die Reichsregierung beschlossen, den Kommandanten des bayerischen Reichswehrkreises, Generalleutnant von Lossow, abzuberufen. Diese Maßnahme sei nicht erfolgt, weil Lossow für unzuverlässig gilt. Der sozialdemokratische Reichsminister des Innern, Sollmann, habe vielmehr erst gestern bestätigt, daß Lossow sich bisher loyal verhalten habe. Er habe es aber nicht vermocht, sich als Träger der Reichsgewalt neben dem bayerischen Zivilkommissar durchzusetzen. Wie das Blatt weiter schreibt, stand die Reichsregierung vor der Wahl, den Ausnahmezustand aufzuheben oder aber zu versuchen, ihn so, wie er ursprünglich gedacht war, im ganzen Reiche zur Geltung zu bringen. Die Entscheidung ist zugunsten der tatsächlichen Durchführung des Ausnahmezustandes gefallen. Entsprechend habe auch der Reichspräsident den sozialdemokratischen Abgeordneten Wels und Hermann Müller erklärt, daß gegenwärtig eine Beseitigung des militärischen Ausnahmezustandes nicht möglich sei.

Ministerpräsident Zeigner lenkt ein.

Berlin, 19. Okt. Die Teile der Reichswehr, die zur Verstärkung der sächsischen Truppen bestimmt sind, sind im Laufe des heutigen Tages in Marsch gesetzt worden. Morgen und übermorgen werden sie in den Standorten, in der Hauptsache in Chemnitz und Plauen, eintreffen. Es handelt sich dabei nicht um eine Exekutive des Reiches gegen Sachsen, sondern, wie das „B. T." berichtet, nur um die Wiederherstellung der Ordnung in Sachsen. Diese Ordnung war dadurch bedroht, daß eine kommunistische Betriebsrätezentrale sich als eine Art Nebenregierung etabliert hatte, die von den sächsischen kommunistischen Ministern unterstützt wurde. Es bestand die Gefahr, daß diese Zentrale zu Ruhestörungen Anlaß geben würde und dadurch war das Eingreifen des Reiches geboten. Im übrigen wird aus Sachsen mitgeteilt, daß der Ministerpräsident Zeigner in einem Brief an den General von Müller erklärt hat, er sei zu Verhandlungen über die strittigen Punkte bereit. Auch habe bereits eine Besprechung zwischen dem Ministerpräsidenten Zeigner und dem General von Müller stattgefunden.

Zeichners Vertrauensbruch.

Aus den Akten des Staatsgerichtshofes.

Dresden, 19. Okt. Aus den heutigen Landtagsverhandlungen ist noch hervorzuheben, daß Ministerpräsident Dr. Zeigner von dem volksparteilichen Abgeordneten Bünger gefragt wurde, woher er sein Material über die Reichswehr habe. Bünge behauptete namentlich, daß dieses Material aus den Untersuchungsakten des Staatsgerichtshofes stamme. Das Verfahren sei geheim. Dr. Zeigner müsse also durch einen unerhörten Vertrauensbruch in den Besitz dieser Akten gekommen sein. Er forderte deshalb, ebenso wie der demokratische Abgeordnete und Mitglied des Staatsgerichtshofes, Dr. Reinhold, daß der Ministerpräsident sofort eine klare Antwort darauf gebe.

Diese Antwort ist Dr. Zeigner schuldig geblieben, der damit wohl zugegeben hat, daß sein Material durch Vertrauensbruch aus den Untersuchungsakten des Staatsgerichtshofes ihm übergeben worden ist.

Bayern gegen Geßler.

München, 19. Okt. Die bayerische Regierung hat durch ihren Berliner Gesandten nach dem „B. T." den Rücktritt des Reichswehrministers Dr. Geßler gefordert und hat inzwischen die Beziehungen zwischen Geßler und Bayern abgebrochen, weil der Reichswehrminister die Abberufung des Generals von Lossow wegen Ungehorsams und Vergehens gegen die Disziplin verfügt hat.

Geßlers Rücktritt erneut gefordert.

TU. **Dresden,** 19. Okt. Die Kommunisten haben gestern im sächsischen Landtag folgenden Antrag eingebracht:

Der Landtag wolle beschließen, daß die sächsische Regierung bei der Reichsregierung den Antrag stellt, daß sie den Rücktritt des Reichswehrministers Dr. Geßler veranlassen möge.

TU **Dresden,** 19. Okt. Finanzminister Böttcher und Wirtschaftsminister Hecker sind zu Mitgliedern des Reichsrats ernannt.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Dresden und München.

TU. **München,** 19. Okt. Die Bayrische Staatszeitung" brachte gestern abend folgende Meldung unter der Ueberschrift „Bayern und Sachsen!":

Auf eine Mitteilung der sächsischen Regierung über die Entlassung des sächsischen Geschäftsträgers, Legationsrates von Dschimbowski, aus den sächsischen Diensten ist der sächsischen Regierung in der Frage der Wiederbesetzung dieses Postens geantwortet worden:

Die bayerische Regierung sei, solange die Kommunisten die bittersten Feinde jeder verfassungsmäßigen Staatsordnung seien, nicht in der Lage, einen sächsischen Geschäftsträger oder Gesandten zu empfangen. Gleichzeitig hat die bayerische Regierung in Verfolg dieser Stellungnahme den bayerischen Gesandten bei der sächsischen Regierung abberufen.

Zivilkommissar Meier-Zwickau.

Die Ernennung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Meier-Zwickau zum Zivilkommissar des Wehrkreiskommandos 4 — also nicht allein für den Freistaat Sachsen — ist am Mittwoch vormittag erfolgt.

Die „Schlacht bei Hirschberg".

München, 19. Okt. Eine halbamtliche bayrische Darstellung tritt den Mitteilungen der thüringischen Regierung über den Vorfall bei Hirschberg mit einer Darlegung gegenüber, die zeigt, daß die erste amtliche bayrische Bekanntgabe nicht richtig war. Es wird darin zugegeben, daß allerdings Nationalsozialisten in kleinerer Zahl und auch die Landespolizei, diese mit Maschinengewehren, an der Saale erschienen waren, da die bayrische Bevölkerung einen Einfall befürchtete. Das thüringische Ufer sei mit ungefähr 30 Mann besetzt gewesen. Der Vorfall mit der Wasserbeschaukommission habe sich wirklich unabhängig davon abgespielt. Immerhin erscheint es doch auffällig, daß das Bezirksamt Hof zunächst nur über diesen nach München berichtete.

Gespannte Lage in Kiel.

Hamburg, 19. Okt. Gestern traten Aktionsausschüsse der Kieler Großbetriebe zu einer Besprechung der Lage zusammen. Es wurde beschlossen, mit der Direktion der Howald-Werke und der Werke in Friedrichsort nochmals in Verhandlungen zu treten, um dort eine Wiederaufnahme der Arbeit zu ermöglichen. Falls eine Einigung nicht erzielt wird, wird der Generalstreik als unabwendbar bezeichnet. — Mehrere Ansammlungen auf den Straßen konnten zerstreut werden. Der Polizeipräsident hat einen Aufruf erlassen, in dem er vor weiteren Ausschreitungen warnt und zur Ruhe ermahnt.

Aus Stadt und Land.

Schwerte, den 20. Oktober 1923.

Sonntagsworte.

„Komm, Liebe, komm und schütte deinen Segen
Noch heute über unser ganzes Haus.
O, mög' sich deine Gnade drinnen regen
Für alle, die hier gehen ein und aus!

Nichts ist schöner, als wenn über einem ganzen Hauswesen Gottes Hände gleichsam ausgebreitet sind. In solchem Hause wohnt ein seltsamer Friede, der alle so recht wohltuend berührt, die solch eine Stätte betreten. Sie sind selten geworden, die Hütten Gottes bei den Menschen. Das brauchte nicht so zu sein. Jedenfalls liegt es in Gottes Absicht nicht, wenn ein Volk seinen Segen nicht mehr begehrt. Im Gegenteil. Gott lockt immer aufs neue, daß wir alle Herz, Gesinnung und Haus ihm öffnen und stets neu geloben:

„Wir sind des Herrn, so laßt uns ihm auch leben,
Sein Eigen sein mit Leib und Leben gern,
Und Herz und Haus und Wandel Zeugnis geben.
Es ist gewißlich so: Wir sind des Herrn!"

*

—* **In unserer Zeitungsstelle** (Große Marktstraße 3) sind wieder eine Anzahl „Bilder vom Tage" ausgestellt.

—* **Nach näherer Erkundigung** an amtlicher Stelle handelt es sich nicht, wie gestern gemeldet, um 150 von den Franzosen in Westhofen geforderte Oefen, sondern nur um 12 Stück.

—* **Brotpreise.** Wir verweisen auf die Bekanntmachung in heutiger Nummer.

—* **Die Auszahlung für die Zusatzrente** (2. Nachzahlung) für Kriegshinterbliebene und nicht im Erwerbsleben stehende Kriegsbeschädigte findet am Dienstag, den 23. Oktober 1923, vormittags, an der hiesigen Stadtkasse statt.

—* **Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene,** die ihre Rente beim Postamt abheben, müssen diese bis zum 7. eines jeden Monats abgeholt haben. Nach dem 7. zahlt das Postamt nicht mehr. Eine Barzahlung durch das Versorgungsamt kann ebenfalls nicht erfolgen, weil es keine öffentliche Kasse hat und alle Einrichtungen für Barzahlungen fehlen. Die bisher vom Versorgungsamt ausnahmsweise geleisteten Zahlungen hören mit dem 1. November auf.

—* **Aus der evangelischen Gemeinde** wird uns mitgeteilt: Der Kindergarten in der Jägerstraße wird Montag, den 22. Oktober wieder eröffnet. Fräulein Kockelke, die ihre staatliche Prüfung für Kindergärtnerinnen mit bestem Erfolge bestanden hat, wird die Leitung übernehmen. So sind die Kleinen in guter Obhut und Pflege. — Die Kirchensteuer für die Gemeindeglieder im Amt Hennen (Villigst, Rheinen, Westheide, Reiflingsen) werden Mittwoch, den 24. ds. Mts., nachm. 3½ bis 5½ Uhr bei Wirt Penkmann in Villigst entgegenommen. Es ist der 1000fache, resp. 500fache Betrag der bisherigen Jahressumme zu zahlen. Näheres wird durch Anschlag bekannt gegeben.

—* **Ein großer Theater-Abend** findet am Sonntag, den 21. Oktober, nachm. 4 Uhr, im Lokale Milberg, Bahnhofstraße, statt. Derselbe wird von der O. W. und P.-Vereinigung veranstaltet und zwar in ganz uneigennütziger Weise, indem der volle Reinertrag für die Waisenkinder der Stadt Schwerte verwendet wird. Zur Aufführung gelangt das vieraktige Schauspiel „Der Bucklige" oder „Die Macht der Arbeit" von C. A. Paul. Wir wünschen regen Besuch!

—* **Gartendiebe** sind in einer der letzten Nächte am Dortmunderwege wieder tätig gewesen und haben geerntet, wo sie nicht gesät hatten. So wurde einem Kleingartenpächter ein größeres Quantum Kartoffeln von unberufener Seite geerntet, während ein anderer bei der Ernte seines Weißkohls unerwünschte Hilfe gehabt hat. Möchte es doch einmal gelingen, dieses lichtscheue Gesindel bei der Arbeit zu überraschen.

—* **Im Lichtspieltheater zur Reichskrone** wird gegenwärtig unter gewaltigem Beifall des Publikums das Film-Singspiel „Jugendglück und Liebesleid" auf die Leinwand geworfen. Lissy Reinecke hat es in geschickter Weise verstanden, allerhand Jugenderlebnisse dreier alten Freunde — Liebesglück und Liebesleid — zu einer ganz reizenden Handlung zu verflechten, wenn auch der dritte Akt etwas reichlich stark an Meyer-Förster erinnert. Der Studenten-Kommers, das hübsche Töchterlein der Wirtin und der inkognito reisende Prinz wirken wie die allbekannte Szene aus „Alt-Heidelberg". Köstliche Jugenderinnerungen werden im übrigen in dem Singspiel wieder lebendig, umwoben von dem Klang alter, vertrauter Lieder, die von Sängern und Sängerinnen zum Vortrag gebracht werden. Allerdings hatten die Stimmen in dem dicken Zigarren- und Zigarettenqualm — trotz polizeilichem Rauchverbot! — sehr gelitten, auch die Teilnahme bei dem reizenden Schubert'schen „Ich schnitt es gern in alle Rinden ein" kann nicht unseren Beifall finden, man hatte das Gefühl, als ob jemand mit der Peitsche hinter der Else gewesen wäre! Ganz köstlich hat die Verfasserin des Films den pistonblasenden Kandidaten Gottlieb gezeichnet. Das Publikum hat den prächtigen Film, auf dessen ganze Aufmachung großer Wert gelegt ist, äußerst dankbar aufgenommen. Derselbe läuft bis einschließlich Montag und kann ein Besuch der „Reichskrone" nur empfohlen werden, zumal auch der Film „Frau Schlange" mit Paul Heidemann in der Hauptrolle, eine spannende Schmuggelgeschichte, sehr sehenswert ist.

❖ ❖ Turnen, Sport und Spiel. ❖ ❖

Der Kampf zwischen der Deutschen Turnerschaft und dem Deutschen Fußball-Bund.

Die Entscheidung den Vereinen überlassen.

Der Deutsche Fußballbund gibt bekannt: Die Einigungsverhandlungen mit der Deutschen Turnerschaft sind nicht zum Abschluß gekommen. Die Leitung der Deutschen Turnerschaft hat den von dem Verbandsvorsitzenden der Turnerschaft und den Vertretern der Sportverbände am 5. Februar 1923 vorgelegten Entwurf abgelehnt. Sie hat am 29. September außerdem Bestimmungen veröffentlicht, nach welchen die Sportabteilungen der Turnvereine bis zum 1. November aus den Sportverbänden auszutreten haben. Die Sportverbände wollen in dieser Zeit äußerster deutscher Not keine Vereinskämpfe haben. Sie überlassen daher die Entscheidung ihren Vereinen. Es sind bei dieser Entscheidung nur in der Satzung enthaltenen Bestimmungen zu beachten, die der Fußballbund noch einmal in Erinnerung bringt:

1. Jeder Sportverkehr mit den anderen Verbandsvereinen (mithin auch mit den aus unserem Bunde ausgetretenen Sportabteilungen) ist verboten.

2. Die Mitglieder ausgetretener Vereine oder Abteilungen werden bei unseren Bundesvereinen sofort spielberechtigt.

Zu obiger Erklärung erfahren wir, daß man sich trotzdem in Westdeutschland verträgt. Die erneute Kriegserklärung der Deutschen Turnerschaft an die deutsche Sportbehörde wird, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, in Westdeutschland kaum irgendwelche Auswirkungen haben. Nach dem bisherigen Verhalten der Führer beider Parteien in Westdeutschland ist es ausgeschlossen, daß angesichts des guten Verhältnisses zwischen Turnen und Sport in den rheinisch-westfälischen Gebieten ohne ersichtlichen Zweck Streitigkeiten begonnen werden. (Dieses dürfte wohl im Interesse beider Parteien sein.)

Letzte Drahtmeldungen.

Ein wichtiger diplomatischer Schritt der Berliner Regierung.

TU. **Berlin,** 20. Okt. Der Reichskanzler hat die deutschen Vertreter in den europäischen Ländern und in Washington für heute mit einem wichtigen diplomatischen Schritt beauftragt, der mit den letzten deutsch-französischen Verhandlungen und ihrem ergebnislosen Verlauf in engstem Zusammenhang steht. Dr. Stresemann dürfte im Laufe des heutigen Tages noch Gelegenheit nehmen, vor einem kleinen Kreis diesen Schritt und die Außenpolitik des Reiches für die kommenden Wochen zu begründen. Nicht zuletzt hat das französische Ansinnen der Erweiterung der Regie im besetzten Gebiet zu dem diplomatischen Auftrag des Reichskanzlers an die diplomatischen Vertreter im Ausland beigetragen. Die französische Regierung machte dem Reichskabinett vor wenigen Tagen über die Einrichtungen der Regie nähere Mitteilungen und forderte die Uebernahme dieser Beamten ohne jede Diskussion. Dieses Diktat hat das Reichskabinett abgelehnt. Poincaré hat daraufhin wissen lassen, daß für ihn die Verhandlungen mit Deutschland nunmehr erledigt seien.

Eine Erklärung der Arbeitsgemeinschaft der Eisen- und Stahlindustrie.

TU. **Essen,** 20. Okt. Die Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebietes, die in der Hauptsache vertreten wird von der nordischen Gruppe der rheinisch-westfälischen Eisen- und Stahlindustriellen, hat mit der zwischen ihr und den Arbeitgebern bestehenden Arbeitsgemeinschaft, Abteilung Angestellten, eine für die Oeffentlichkeit bedeutsame Erklärung erlassen. Es ist anzunehmen, daß die Unternehmer den Angestelltenvertretungen Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Betriebe gegeben haben, die bewirkten, daß die einzelnen Punkte der nachstehenden Erklärung gemeinsame Auffassung wurden. Die Erklärung ist und bleibt die erste ihrer Art, die im Ruhrgebiet die Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam erlassen. Sie lautet:

„Die Wirtschaftslage zwingt, soweit dem gesetzliche Bestimmungen nicht entgegenstehen,

1. Fristlose Entlassung,
2. Kündigung in gesetzlicher Frist, und
3. Verkürzung der Arbeitszeit vorzunehmen.

Es ist selbstverständlich, daß fristlose Entlassungen nur in Ausnahmefällen vorgenommen werden sollen. Die Kündigungen werden unter Voranstellung der wirtschaftlichen Bedürfnisse der Betriebe nach sozialen Gesichtspunkten erfolgen, derart, daß diejenigen zuerst davon betroffen werden, für die eine Kündigung verhältnismäßig die geringsten Härten bedeutet. Besondere Rücksicht wird dabei z. B. auf Angestellte mit Familien und solchen, die nachweislich Ernährer ihrer Angehörigen sind, genommen werden. Darüber hinaus werden Verkürzungen der Arbeitszeit unter entsprechender Verkürzung der Bezüge eintreten. Im Interesse einer möglichst reibungslosen Durchführung der Maßnahmen sollen die Angestelltenräte in den einzelnen Betrieben gehört werden. Nach wie vor bleiben die geltenden Tarifverträge die Grundlagen für künftige Kollektivvereinbarungen.

Gottesdienste am Sonntag, 21. Okt.

Große Kirche. 9 Uhr: Beichte. 9,30 Uhr: Pastor Florin. (Abendmahl). 11 Uhr: Kindergottesdienst.
Kleine Kirche. 10 Uhr: Pastor Wischnath. 5 Uhr: Pastor Florin.
Ev. Krankenhaus. 9 Uhr: Pastor Wischnath.
Evangel. Stadtmission, Kuhstraße 7. Sonntag früh 8 Uhr: Blaukreuzverein; nachm. 4 Uhr: Bibelstunde, abends 8 Uhr: Gemischter Chor. Dienstag abends 8 Uhr: Gemischter Chor Mittwoch nachmittags 3 Uhr: Missionsverein, Mittwoch abends 8 30 Uhr: Gebetsstunde.
Kathol. Pfarrkirche. 6 Uhr: Stille heilige Messe, Pfarrer Schnurrbus, 7,30 Uhr: Frühmesse. Monatskommunion der Mütter. 8,45 Uhr: Schulmesse mit Predigt, Vikar Winter. 10 Uhr: Hochamt mit Predigt, Vikar Winter. 2,30 Uhr: Rosenkranzandacht.
Geisecke. 8,45 Uhr: Hochamt mit Predigt, Pfarrer Schnurrbus.
Westhofen. 8 Uhr: Stille heilige Messe, Kaplan Schleep.
Holzen. 9,30 Uhr: Hochamt mit Predigt, Kaplan Schlepp.

Handel und Börse.

Telegraphische Auszahlung am 19. Oktober 1923.

Amsterdam-Rotterdam	4 691 760 000
Buenos Aires	3 897 000 000
Brüssel u. Antwerpen	617 540 000
Christiania	1 854 625 000
Kopenhagen	1 439 590 000
Stockholm	2 097 230 000
Helsingfors	318 595 000
Italien	541 850 000
London	54 135 000 000
Ein Dollar	12 030 400 000
Paris	715 758 000
Schweiz	2 145 350 000
Spanien	1 616 030 000
Wien (abgestempelt) je 1 K.	168 400
Prag	357 291 000
Budapest	671 645

Wirtschaftszahlen für das Reich:

Reichsbankgoldindex: eine Goldmark am 18. 10. 1 942 857 000 Papiermark	
Goldzollaufgeld vom 17.—19. 10.	107 999 999 900
Goldzollaufgeld vom 20.—23. 10.	93 599 999 900
1 Goldzollmark = 1 080 000 000 Papiermark	
Silberankaufspreis ab 15. 10.	400 000 000
Reichslebenshaltungsindex vom 15. 10.	691 900 000
Reichsbankdiskont ab 8. 10.	90
Umrechnungskurs für die Landabgabe für je 1 Goldmark ab 17.—19. 10.	1 080 000 000
Hotel- und Bäderindex	600 000 000
Buchhändlerschlüsselzahl	1 600 000 000
Buchdruckergewerbeschlüsselzahl ab 13.10.	35 000 000
Verein deutscher Zeitungsverleger-Schlüsselzahl für den November-Postbezugspreis	3,300
Anzeigenschlüsselpreis vom 20. 10	2 000 000
Großhandelsindex ab 9 10 (gegen die Vorwoche um das 255,4 fache gestiegen)	1 093 000 000
Personen- und Gepäckverkehrsindex ab 18 Oktober	600 000 000
Güterverkehrsindex ab 18. 10.	1 000 000 000
Lohnmeßzahl der Reichsarbeiter	220 000
Multiplikator für das Baugewerbe, Gehaltsindex für die laufende Woche	
Nahrungsmittelaufwand nach Calwer	13 559 940 000
Postkarte im Ortsverkehr	2 000 000
Brief im Ortsverkehr bis zu 20 Gramm	4 000 000
Fernpostkarte	4 000 000
Fernbrief bis zu 20 Gramm	10 000 000
für Schwerte:	
Indexziffer f. Schornsteinfegergebühren	691 900 000
Gaspreis pro cbm 1. Hälfte Oktober	100 000 000
Wasserpreis pro cbm 1. Hälfte Oktober	30 000 000
Bezugspreis der Schwerter Zeitung für die Woche vom 22.—27. Okt	400 000 000

General Degoutte und seine Schützlinge.

Dem Diktator an Rhein und Ruhr, der selbstherrlich und brutal Frankreichs produktive Pfänder behütet, wird es in seiner Gottähnlichkeit nicht wohl, seit der letzte Separatistensonntag in Düsseldorf einen solch üblen, blutigen Ausgang nahm. War schon die Anwesenheit fremder Berichterstatter recht unangenehm, so berühren die nachfolgenden Erörterungen innerhalb der sonst so hofierten Düsseldorfer Bevölkerung den Protektor der Rheinischen Republik noch übler. Dieselben Gewerkschaften, die sich bisher mehr wie leidlich mit den französischen Besatzungsbehörden standen, wagen nun ganz offen die Feststellung, daß mindestens tausend Sonderbündler schwer bewaffnet von den französischen Regiezügen nach Düsseldorf gebracht wurden, trotzdem hier wie im ganzen besetzten Gebiete jedes Waffentragen strengstens verboten und unterdrückt wird. Mit recht unangenehmer Betonung stellt man fest, daß diese „Stoßtrupps" „die Straßenpassanten unter den Augen französischer Offiziere, Gendarmen und im Dienst befindlicher Truppen revidierten und visitierten", und verschweigt dabei sogar höflich, daß der politische Stab General Degouttes selbst in seiner „amtlichen" Darstellung nicht minder deutlich von der „mit Pistolen bewaffneten Rheinlandwehr" spricht!

Derselbe General Degoutte, der kurz vorher die ganze Erörterung der Rheinlandfrage als eine innerpolitische Angelegenheit des Deutschen Reiches hinstellte und sogar die Separatisten blos als eine „deutsche Partei" betrachten wollte, sieht hier das Geheimnis der französischen Rheinlandpolitik selbst vor aller Welt, und vor allem vor den Augen der sonst recht leichtgläubigen Düsseldorfer Bevölkerung enthüllt. Zugleich muß er sich in seinem eigenen Hauptquartier von seinen früheren Schützlingen sagen lassen, daß die Separatisten wehrlose, am Boden liegende deutsche Polizisten unter dem Schutz der französischen Gendarmen mißhandeln und in gemeinster Weise mit Füßen treten konnten. Er muß sich in ungeschminktester Weise sagen lassen, daß diese von der französischen Besatzung scheinbar anerkannten „Stoßtrupps" nach Dunkelwerden an diesem blutigen Sonntag „unter den Augen der Besatzung Polizeidienste ausübten, Straßen sperrten, Pässe kontrollierten und Durchsuchungen vornahmen." Allen solchen Feststellungen gegenüber ist dieser mächtige General Degoutte machtlos, weil eine brutale Unterdrückung solcher Meinungsäußerungen der französisch-belgischen Politik auch den letzten Rest Ansehens noch rauben müßte, den sich das Düsseldorfer Hauptquartier bislang wahrte. Dem lokalen Mißerfolg der rheinischen „Bewegung" würde ein furchtbarer Rückschlag auch in Frankreich selbst und vor der ganzen europäischen Welt folgen, der selbst der Diktator an Rhein und Ruhr in seiner Aufgabe der „friedlichen Durchdringung" einige Rücksicht schuldig ist. Mit gebundenen Händen muß sich General Degoutte nunmehr von seinen eigenen Schützlingen über das selbst gesteckte Maß hinaus treiben lassen. Zur Abwehr kann er zunächst nur versuchen, an Stelle des Lumpenpacks der Sonderbündler die großen politischen Parteien des Rheinlandes selbst einzuspannen und mit ihrer Hilfe die Rheinlandpolitik der dritten französischen Republik erfolgreich zu Ende zu führen. Und in der Tat hat es gerade in den letzten Tagen nicht an Lockungen nach dieser Richtung hin gefehlt. In den Kölner Parteiorganen des Zentrums und der Demokratie schien sich wirklich eine Annäherung anzubahnen, um nicht, wie es hieß, den schmutzigen Separatisten das Feld zur Verständigung mit den militärischen Machthabern zu überlassen. Auch hier aber hat der „tote Sonntag" überaus heilsam gewirkt. Vorsichtig werden diese zaghaften Fühler schon wieder zurückgezogen, weil sich bei der Düsseldorfer Lumpenparade denn doch gar zu grotesk die völlige Ohnmacht der „Rheinischen Republik" und zugleich die politische Unfähigkeit und Skrupellosigkeit des französischen Hauptquartiers zeigte. Vorerst steht General Degoutte mit seinen sauberen Schützlingen allein auf dem Plan: nur der Hunger und Mangel am Notwendigsten werden ihm weitere Hilfskräfte zutreiben können. Nach wie vor hängt das Schicksal des Rheins von der materiellen und nationalen Sicherung der gesamtdeutschen Zukunft ab!

Parteipolitische Gefahren.

Der Ruf nach dem Diktator, der jetzt gerade von der Rechten besonders häufig mit lauter Energie erhoben wird, zeigt deutlich, in welcher verzweifelten Lage wir uns befinden. Hannibal ante portas! Nur in solchen Augenblicken darf der Wunsch nach Beseitigung von Recht und Gesetz als ein Fortschritt im Sinne politischer Einsicht gewertet werden. Nur dann hat die Diktatur, d. h. der unbegrenzte Wille eines Einzelnen einen moralischen Sinn, wenn der Regierung auf gesetzlicher Grundlage die Macht fehlt, sich durchzusetzen.

Unsere innerpolitischen Verhältnisse würden vermutlich nicht so sehr durch parteipolitische Streitereien belastet sein, wenn sich alle Volksgenossen über den Ernst der Lage wirklich klar wären, und wenn man in Deutschland allgemein wüßte, was Diktatur eigentlich ist.

Sprechen wir nicht von jenen Schmarotzern und Schiebern, die sich an dem Niedergang der deutschen Währung mästen. Lassen wir auch die Kommunisten beiseite, für die Revolution Selbstzweck ist. Halten wir uns nur an jene, die Anspruch darauf machen, vaterländisch gesinnt zu sein, jene Kreise rechts, die sich noch immer nicht mit den neuen Verfassungsverhältnissen aussöhnen können. Wir wissen, daß sie ihr Vaterland aus heißem Herzen lieben: wir fühlen uns eins mit ihnen, wenn sie ein innerlich und äußerlich gereinigtes und befreites Deutschland ersehnen und erstreben. Nur ihre Methoden sind nach unserer Auffassung falsch. Der bayerische Ministerpräsident von Knilling hat vor einigen Wochen eine schöne Rede gehalten, in der er den französischen Revolutionsheros Danton zitierte und die levée en masse des Jahres 1792 uns als leuchtendes Beispiel vor Augen führte. Das war jedem echten Deutschen aus der Seele gesprochen.

Wirkt es nun aber nicht wie ein häßliches Satyrspiel, daß eben die Kreise, die damals Knilling am lautesten beipflichteten, jetzt in eine intransigante Abwehrstellung gegen die neuen Steuern eingerückt sind, die sie selber mit beschlossen hatten? Auch Steuerzahlen rubrizierst unter Patriotismus. Und Disziplin, auch nationale Disziplin, bringt nur dann ihren Befähigungsnachweis, wenn sie einem nicht sympathischen Führer gewährt wird. „Und der König absolut, wenn er unsern Willen tut", lautet ein bitteres Scherzwort aus vergangenen Tagen.

Der Ruf nach der Diktatur wirkte aber nicht nur deswegen häufig so unerfreulich, weil er „gegen die andern" gemeint ist, sondern er ist so schädlich, weil er meist nichts anderes als ein leeres Schlagwort ist, ohne Nachdenken in die Menge geschleudert, ohne Nachdenken nachgesprochen. Weil der Parlamentarismus an allem Schuld sein soll, soll die Diktatur helfen. Eigentlich meint man aber ganz etwas anderes. Man meint den Absolutismus, wie ihn Friedrich der Große „von Rechts wegen", wie ihn Bismarck unter dem Deckmantel der konstitutionellen Monarchie ausgeübt hat. Diktatur kann in jeder Staatsform zur Geltung kommen. Lloyd George war Diktator, Clemenceau war es, beide innerhalb des Parlamentarismus, und weil die Diktatur den Parlamentarismus nicht beseitigte, konnte die Kontinuität der Verfassung jedenfalls in England uneingeschränkt aufrechterhalten werden. Vergleichen wir unsere gegenwärtigen Zustände mit denen Englands und Frankreichs in den Kriegsjahren, so gleichen sie ihnen außerordentlich. Das jetzige Kabinett vollzieht auf verfassungsmäßiger Grundlage diktatorische Maßnahmen und es findet dabei auf dem wichtigsten Gebiet, dem der Währungs- und Finanzreform, die lebendige Unterstützung von solch hervorragenden Führern wie Helfferich, und wie Generaldirektor Minoux, die sich an der Person Hilferdings ebensowenig stoßen wie der Wirtschaftsminister von Raumer.

Würden die Deutschnationalen verfolgt haben, welch sensationelles Aufsehen ihr „Aktionsprogramm" in der Presse des Auslands gemacht hat, so würden sie vielleicht doch stutzig werden. Als ein Bausstein zur Aufrechterhaltung des passiven Widerstandes wurde es dort draußen nicht aufgefaßt. Das französische Nachrichtenblatt für besetzten Gebiet nutzt es vielmehr als Propagandamaterial mit Behagen aus.

Die Stadt ohne Gas.

Die Polizei, die langentbehrte, hat nun seit über einem Monat in Essen wieder Heimatsrecht und man muß sagen, daß sie sich zufriedenstellend und tapfer bewährt. Nach dem Abzug der Grünen hat man sich schnell an die Blauen gewöhnt, und es war die höchste Zeit, daß nach dem Straßendurcheinander der Juni- und Juliwochen einmal Ordnung geschaffen wurde. So sind mit dem Einzug der neuen Ordnungshüter die Verkaufsbuden und Spieltische, die Krüppel und Bettler von den Straßen verschwunden. Die Polizei hat jetzt genug andere Aufgaben, tagsüber und besonders mit Eintritt der Dunkelheit. Denn in dieser Stadt der stets wechselnden Dinge ist es am Abend unheimlich still und tot geworden: Essen ist seit mehreren Wochen ohne Gas!

Dieser Zustand ist in vielen Städten nach dem Kriege ja wohl eingetreten. Er dauerte dann aber höchstens ein paar Tage. Essen, die Halbmillionenstadt, erfährt ihn an sich nun schon seit über drei Wochen. Was das bedeutet, davon hat man da draußen ja keine Ahnung. Daß man sich abends durch die stockfinsteren Straßen tappen — die elektrische Notbeleuchtung reicht ja bei weitem nicht aus — und jeden Augenblick einer Karambolage gewärtig sein muß, ist nicht das Schlimmste, auch nicht, daß die, welche lediglich auf Gasbeleuchtung angewiesen sind, mit den Hühnern ins Bett müssen (Petroleum und Kerzen sind teuer und auch kaum zu haben). Aber für die Versorgung der Bevölkerung, für den Haushalt und vor allem für die charitativen und ärztlichen Institute ist die Gasnot eine kaum erträgliche Situation, die die an sich drückende Lage noch drückender macht. Doch man ist fast bedürfnislos geworden, man behilft, tröstet sich, hofft und macht einen Freudensprung, wenn — plötzlich — dem Gasherd ein Flämmchen zu entlocken ist, groß genug, sich eine Tasse heißen Kaffee zu brauen.

Der Stadt ohne Bahnhof, ohne Telephon gesellt sich die Stadt ohne Gas zu. Alle modernen und angenehmen Errungenschaften haben wir nach einander aufgeben müssen — halt, nein, die Polizei ist uns wiedergeschenkt. —

Und die Kargheit der Tage lehrt uns erkennen, ein wie weiser Mann Diogenes in der Tonne gewesen ist.

Anzeigenpreise ab 19. Oktober:

Die Grundpreise betragen:

Für die achtgespaltene Millimeterzeile oder deren Raum:

Lokale	40.—	Mk.
Auswärts	80.—	„
Reklame	140.—	„
Auskunftsgebühr	5.—	„
Offertengebühr	10.—	„

Die Grundpreise sind mit der Schlüsselzahl

(ab 19. Oktober 2 000 000)

zu vervielfältigen.



Dankſagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen sagen wir allen unseren herzlichsten Dank, besonders dem Turn- und Sportklub für die außerordentliche große Beihülfe und Unterstützung. 3200

Schwerte (Ruhr), den 20. Oktober 1923.

Familie W. Fördes.

Für

Wollsachen

gebrauchen Sie ein Waschmittel, das jedes Reiben der Stoffe überflüssig macht.

Persil

ist für die Behandlung von Wollwäsche das gegebene Waschmittel. Es bewirkt die Säuberung selbsttätig, ohne mechanische Einwirkung, gewährt also größtmöglichste Schonung des Gewebes.

Ein Verfilzen und Einschrumpfen ist ausgeschlossen; die Stücke bleiben griffig und weich und behalten ihre Farben. — Man wäscht Wollsachen handwarm durch leichtes Drücken und spült in gleichfalls schwachwarmem Wasser gut nach. — Beim Trocknen dürfen sie keiner großen Hitze (auch nicht der Sonne) ausgesetzt werden.

Bekanntmachung.

Brotmarken-Ausgabe.

Näheres siehe Aushang im Rathaus.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister Abteilung A ist am 16. Oktober 1923 unter Nr. 167 die offene Handelsgesellschaft Kremer & Köckeritz mit dem Sitz in Schwerte eingetragen worden. Persönlich haftende Gesellschafter sind die Kaufleute Bernhard Kremer und Waldemar Köckeritz, beide in Schwerte. Die Gesellschaft hat am 15. September begonnen. Zur Vertretung der Gesellschaft ist jeder Gesellschafter für sich allein berechtigt. 3206

Schwerte, den 16. Oktober 1923.

Das Amtsgericht.

Amtlicher Brotpreis.

Graubrot	für 6	Pfund	430 000 000	Mark
	„ 3	„	225 000 000	„
Kasselerbrot	„ 6	„	460 000 000	„
	„ 3	„	240 000 000	„
Schwarzbrot	„ 6	„	415 000 000	„
	„ 3	„	210 000 000	„
für alle Sorten	für 500	Gramm	80 000 000	Mark
	„ 250	„	40 000 000	„

Diese Höchstpreise treten am 20. Oktober 1923 in Kraft.

Hörde, den 19. Oktober 1923. 3205

Der Kreisausschuß des Landkreises Hörde.

Verdingung.

Die Tischlerarbeiten einschließlich der zugehörigen Beschlaglieferungen für fünf Doppelhäuser der Wohnsiedlung Kreinberg zu Schwerte sollen im öffentlichen Verding vergeben werden. Angebotshefte sind, soweit der Vorrat reicht, zum Preise von 100 000 000 Mk. für das Stück bei der unterzeichneten Stelle zu beziehen. Die Eröffnung der rechtzeitig im verschlossenen mit entsprechender Aufschrift versehenem Umschlag eingehenden Angebote erfolgt im Verdingstermin am Montag den 29. Oktober 1923, vormittags 11 Uhr. Zuschlagsfrist 3 Wochen.

Deutsche Reichsbahn, Hochbauabteilung Schwerte (Ruhr). 3204

Ab 20. cr. treten 3201

neue Fahrpreise

in Kraft, welche in den Wagen ausgehängt sind

Hörder Kreisbahnen.

Erhalte in den nächsten Tagen

Schlamm-kohlen!

3207

Adolf Schmidt,

Kohlenhandlung.

Hege und Jagd

ist die führende Jagdzeitschrift Süddeutschlands und amtliches Organ vieler jagd- und Hundezüchter-Vereinigungen des In- und Auslandes. — Probenummern sind gegen Selbstkostenersatz zu beziehen durch die Vertriebsabteilung in Dillingen-Donau.

Zeitungsboten für Holzen u. Garenfeld gesucht.

Schwerter Zeitung.

Einfach möbliertes Zimmer

oder **Schlafstelle** (mit Morgenkaffee)

von anständigem Herrn zu mieten gesucht.

Angebote unter Nr. 8766 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Brennholz

trocken, lang und auf Ofenlänge geschnitten, in jeder Menge sofort waggonweise und ab Lager lieferbar. 3110

E. Homel, Schwerte.

Technikum Lemgo

(Lippe)

Höhere technische Lehranstalt Staatskommissar.

Trauerbriefe

liefert schnellstens

Buchdruckerei C. Braus

Möbliertes Zimmer

von anständigem jungem Herrn gesucht.

Gefl. Offerten unter Nr. 3186 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.